

Im Blickpunkt

SPD-Distrikt Eimsbüttel-Nord
65. Jahrgang Oktober 2013



Kürzlich beschlossene Anträge der SPD Eimsbüttel-Nord :

- Bürger vor PRISM, Tempora und anderen Überwachungssystemen schützen!
- Stellplatzbau und -abgabe erhalten – Lebensqualität beim Wohnungsbau sichern
- Allen Studierenden ein Masterstudium ermöglichen

(Seiten 4 - 7)



**Eimsbüttel wählt
NIELS ANNEN,
SPD, mit 37,5 %
der Erststimmen
in den Bundestag.
Wir gratulieren!**

TERMINE

Vorstandssitzung:

Dienstag, den 08. Oktober um 19.30 Uhr, im Seniorenzentrum St. Marcus, kleiner Saal (hinter dem Café), Gärtnerstraße 63

Infostand:

Samstag, 05. Oktober ab 10.30 Uhr am Wochenmarkt Grundstraße

Mitgliederversammlung:

Dienstag, 22. Oktober, 19.30 Uhr im Forum der Apostelkirche, Bei der Apostelkirche

1. Nachwahlen:
 1. Distriktsvorsitz
 2. Landesdelegierte(r)
 3. Kreisdelegierte(r)
2. Diskussion zum Mitgliederentscheid über die Koalitionsfrage
3. Nach dem Volksentscheid: Wie geht es weiter mit der Rekommunalisierung der Netze? Referentin: Carola Ensslen

Arbeitsgemeinschaft „60plus“:

Das nächste Treffen findet statt am Donnerstag, 31. Oktober um 10 Uhr in der AWO, Jugendstraße 11



***Einen herzlichen Glückwunsch
allen Geburtstagskindern im
Oktober 2013***



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde der SPD in Eimsbüttel,

unser bisheriger Distriktvorsitzender Magnus Kutz ist leider wegen starker beruflicher Belastung von seinen Ämtern zurückgetreten. Wir danken ihm für die doch häufig zeitintensive und stressige Arbeit als Vorsitzender und wünschen uns, dass er weiterhin aktiv am Geschehen in unserem Distrikt teilnimmt.



Wir Ihr aus der Einladung auf Seite 2 lesen könnt, finden die Nachwahlen am 22. Oktober ab 19.30 Uhr im Forum der Apostelkirche statt. Der Vorstand des Distrikts hat mich einstimmig als Kandidaten vorgeschlagen.

Die SPD steht in der nächsten Zeit vor der Entscheidung, ob sie in eine Große Koalition eintreten will oder nicht. Der Parteikonvent hat dazu eine Mitgliederbefragung angekündigt. Dies hatte auch unsere Mitgliederversammlung vom 24. September per Beschluss so gefordert. Ich gehe davon aus, dass zu unserer nächsten Versammlung dazu genügend Informationen vorliegen, so dass wir diskutieren können, welches Verhalten unserer Parteispitze in der Koalitionsfrage wir uns wünschen. Zusammen mit der Bundestagswahl fand ja auch der Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Netze statt. Die Mehrheit der Hamburger stimmte der Vorlage der Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ zu. Jetzt werden Senat und Bürgerschaft hoffentlich zeitnah den Rückkauf der Netze realisieren. Unsere stellvertretende Vorsitzende Carola Ennslen hat sich wie viele Mitglieder in unserem Distrikt, mich eingeschlossen, für den Rückkauf eingesetzt und wird uns auf unserer nächsten Mitgliederversammlung über die Perspektiven der Umsetzung dieses Volksentscheids berichten. Ich freue mich auf eine rege Diskussion und zahlreiche Beteiligung von Euch anlässlich dieser wichtigen Themen.

Auf unserer letzten Mitgliederversammlung am 22. September haben wir zwei Beschlüsse gefasst, die wir in dieser Ausgabe des „Blickpunkts“ veröffentlichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Beschlüsse auf den übergeordneten Ebenen der Partei auch gefasst werden.

Mit solidarischen Grüßen
Rolf Polle

Antrag der SPD Eimsbüttel-Nord, beschlossen vom Vorstand am 30.07.2013,

zur Vorlage an die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Eimsbüttel zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, den SPD-Bundesparteitag und zur Kenntnis an den SPD-Landesvorstand und den SPD-Bundesvorstand.

Bürger vor PRISM, Tempora und anderen Überwachungssystemen schützen!

Die SPD bekennt sich zum deutschen Grundgesetz und den damit verbundenen staatlichen Pflichten der Bundesrepublik gegenüber den Bürgern, insbesondere den Schutz der Privatsphäre und personenbezogener Daten auch im Internet.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Bundesregierung, die deutschen Geheimdienste (BND, Verfassungsschutz, MAD) sowie alle betroffenen Parlamente, insbesondere auch das EU-Parlament, und Behörden,

- die Ausspähungen durch derartige Dienste auf deutschem Staatsgebiet oder im Internet bei in Deutschland lebenden Menschen – sofern dies rechtlich möglich ist – verbieten, verhindern und abstellen;
- die EU-Datenschutzverordnung so gestalten, dass eine solche Spionage innerhalb wie außerhalb der EU verboten, verhindert und abgestellt werden;
- keine Daten von in Deutschland lebenden Menschen an ausländische Nachrichten- Geheim- oder Spionagedienste weitergeben;
- keine durch diese illegale Spionagepraxis bereits gewonnenen Informationen aktiv erwerben oder bei Angebot an- und entgegennehmen;
- alles unternehmen, die illegale Ausspionierung von in Deutschland lebenden Menschen durch Geheimdienste vor deutschen oder internationalen Gerichten anzuzeigen und strafrechtlich verfolgen zu lassen und sich für bessere Rechtsschutzmöglichkeiten auf internationaler Ebene einzusetzen.

FISCHE=FISCHE=FISCHE

Käthe und Julia Schlüter

Fischhandel Hamburg

20255 Hamburg Stellingener Weg 26
Ruf 40 88 02



Ihre Bestellung bitte...

Tel. 040-386 57 730

Öffnungszeiten

Montag - Freitag	12.00 - 22.00 Uhr
Samstag u. Sonntag	14.00 - 22.00 Uhr
Feiertags	17.00 - 22.00 Uhr

An der Bushaltestelle Sartoriusstraße Langenfelder Damm 5, 20257 Hamburg

*Anträge der SPD Eimsbüttel-Nord, beschlossen von der Mitgliederversammlung am 24.09.2013,
zur Vorlage an die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Eimsbüttel
und zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag*

Stellplatzbau und -abgabe erhalten – Lebensqualität beim Wohnungsbau sichern

Die SPD

- lehnt jegliche Versuche, die beim Neubau von Wohnungen verankerte Regelung von derzeit 0,8 Stellplätzen pro Wohnung nach §48 der HBauO zu senken, ab und spricht sich für einen Erhalt der bestehenden Regelung aus.

Fortsetzung Seite 6

- lehnt eine Senkung oder Streichung der Ausgleichszahlung, die sogenannte Stellplatzabgabe, falls kein Stellplatz gebaut wird nach §49 HBauO, ab.
- setzt sich im Rahmen der neuen Lebensrealitäten für ausreichend Parkraum ein, z.B. für Quartiersgaragen und P&R-Plätze.

Begründung

Die stete Nachverdichtung der Stadtteile aufgrund der akuten Wohnungsnot vor allem, nicht nur im inneren Stadtgebiet, hat zu einer erheblichen Verminderung des Parkraumes geführt. Auch bauliche Maßnahmen, die von uns aufgrund ihrer Richtigkeit und Notwendigkeit begrüßt werden, wie z.B. der Uni(Neu-)bau, Fahrradstreifen auf der Straße oder die Busbeschleunigungsumbauten, haben die bereits katastrophale Parksituation durch den damit verbundenen Wegfall zahlreicher Parkplätze noch dramatisch verschlimmert. Es gibt schlicht viel zu wenig Parkplätze. Die Stellplatzabgabe ist dementsprechend ein unverzichtbares Mittel, dem entgegen zu steuern. Oft gehörte Ausreden und Vorwürfe, man müsse „eben mal 500m mehr gehen“ oder „mal eben 10min länger einen Parkplatz suchen“ gehen fehl, denn sie entsprechen keinesfalls mehr den Realitäten. Auch in 1,5km Entfernung oder nach 40min Parkplatzsuch-Verkehr, der sehr umweltbelastend ist, stehen einfach keine Parkplätze zur Verfügung. Auf jedes wegführende Auto in der Nacht kommen ein Vielfaches an neue Suchenden, die sich mit den bereits kreisenden verzweifelten BürgerInnen um die viel zu wenigen legalen Parkplätze streiten. Gerade außerhalb Hamburgs berufstätige oder in Schichten arbeitende Menschen können eben nicht auf ihr Auto zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs verzichten. Durch die zwanghafte „Erziehung mit dem Hammer“, indem man den autofahrenden BürgerInnen weiterhin legale Parkplätze wegnimmt bzw. bei Neubauten auf die Stellplatzabgabe verzichten würde, ist absolut nichts gewonnen. Zudem geht das Argument vollkommen fehl, dass man InvestorInnen einen Wohnungsbau durch Wegnahme der Stellplatzabgabe schmackhaft machen könnte und dadurch auch die Mieten dementsprechend verringert werden. Der extrem hohe Mietpreis in Hamburg kann verlangt werden, da die Nachfrage extrem hoch ist. Weil die Nachfrage hoch ist, würde keine Investorin und kein Investor auf Gewinne verzichten, die er mit hohen Mieten erzielen könnte, nur weil er günstiger gebaut hatte. Eine Senkung des Mietenniveaus durch Streichung der Stellplatzabgabe in Kenntnis der Mechanismen von Märkten ist dementsprechend vollkommen unreal.

Allen Studierenden ein Masterstudium ermöglichen

Der Master muss zum Regelabschluss gemacht werden. Allen Studierenden, die es wollen, soll es ermöglicht werden, den Master zu machen. Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, die dafür nötigen Mittel bereitzustellen.

Begründung:

Es geht darum, die Konkurrenz um die zu wenigen Studienplätze zu beenden und solidarisches Lernen zu befördern.

Rund einhundert Lehramtsstudierende der Universität Hamburg protestieren derzeit, weil sie an der Universität Hamburg ihr Studium fortsetzen wollen, ihnen aber im Anschluss an das Bachelorstudium kein Masterstudienplatz angeboten wurde. Sie benötigen sofort einen Studienplatz für das Wintersemester, weil der Bachelor – nicht nur im Lehramt – keine Entwicklungsperspektive gibt. Speziell gilt: Ein Lehramts-Bachelorstudium befähigt nicht zum Lehramt. Wer Lehrer werden will, benötigt dafür ein Masterstudium. Die Studierenden hätten also keine Aussicht auf den Lehrerberuf, wenn sie keinen Masterplatz erhalten.

Daran wird ein Problem deutlich, dass alle Studierenden betrifft: Die künstliche Trennung des Studiums in Bachelor für „die Masse“ und Master für „die Elite“ schafft eine zusätzliche Selektionshürde. Die zu geringe Zahl an Masterstudienplätzen läuft auf einen staatlich organisierten Studienabbruch hinaus. Ein wissenschaftliches Studium braucht Zeit und einen sinnvollen Aufbau, die künstliche Trennung in Bachelor und Master steht dem entgegen. Zudem setzt die erneute Bewerbung und Zulassung für das Masterstudium alle in Konkurrenz zueinander. Eine solidarische Lernkultur der gegenseitigen Anteilnahme, Förderlichkeit und entwicklungsorientierten Kritik werden dadurch sehr erschwert.

Die Hochschulen benötigen zusätzliche Mittel, damit die Schaffung der neuen Masterstudienplätze nicht zu einer Verringerung der Studienanfängerkapazitäten führt. Für die Universität Hamburg bedeutet die Realisierung des Wahlprogramms (s.u.) laut Auskunft der Universitätsverwaltung eine Aufstockung ihres Etats um rund fünf Prozent.

„Das Missverhältnis zwischen der Zahl der Bachelorabsolventen und der Zahl der Masterstudienplätze hat zur Folge, dass das Potenzial vieler junger Menschen brach liegt. Deshalb ist es Ziel eines SPD-geführten Senats, dass allen Bachelorabsolventen ein Masterstudiengang offen steht.“

(Wahlprogramm der SPD Hamburg für die laufende Legislaturperiode.)

Optik Daniel – mit den Augen Ihres Kindes!



Kinder- und Babybrillen – Fassungen von:
· Bob der Baumeister · Die Maus
· Janosch · Hello Kitty
· Die Wilden Kerle · Oio Titanflex
· Vaude · Prinzessin Lillifee und mehr

**Gläser – auch Kunststoffgläser –
ohne Zuzahlung zum Nulltarif bei ärztlicher
Verordnung durch die gesetzliche Krankenkasse**

Osterstraße 136 · 20255 Hamburg · 040.40 87 01
optik-daniel.de · Mo-Fr 10.00–19.00 · Sa 10.00–15.00

OPTIK DANIEL
Klingeln ... reimshoven ... durchblicken

Service

Bei Interesse am ca. monatlichen E-Mail-Newsletter für Eimsbüttel-Nord bitte mailen an: carola.ensslen@spd-eimsbuettel-nord.de

Jusoforum: www.jusoforum.de

Infos zur AG 60plus bei Holger Hesselbach, Tel. 040 / 466 95 30

SPD Eimsbüttel-Nord (c/o SPD Eimsbüttel, Helene-Lange-Str. 1, 20144 HH)

Vorsitzender:	<i>wird im November nachgereicht</i>	
Stellvertreterin:	Carola Ensslen	Tel. 492 222 75
Mitgliederbetreuung:	Frank Wiedemann	Tel. 411 123 81
Blickpunkt:	Dirk Schlanbusch	Tel. 850 37 36
Bürgerschaft:	Silke Vogt-Deppe	Tel. 851 12 20
Bezirksversammlung:	Charlotte Nendza	Tel. 881 690 91
	Hannelore Köster	Tel. 411 652 42
	Marcus Strehl	Tel. 648 800 77
	Frank Wiedemann	Tel. 411 123 81
Kerngebietsausschuss:	Charlotte Nendza, Hannelore Köster	
Internet:	www.spd-eimsbuettel-nord.de	
E-Mail:	kontakt@spd-eimsbuettel-nord.de	

Konto: SPD E-Nord, Nr. 1244 00 89 00, Santander Bank, BLZ 500 333 00

HERAUSGEBER: SPD Eimsbüttel-Nord
Hamburg - Verantwortlich für Inhalt und
Anzeigen: Dirk Schlanbusch

Diese Ausgabe wurde produziert und gefaltet mit
freundlicher Unterstützung von
PRINT- & COPYHAUS, Grindelallee 32, 20146 HH